



# BREXIT-Info

**Der BREXIT ist eines der wichtigsten aktuellen Themen in der EU. Die Auswirkungen eines BREXIT beschränken sich jedoch nicht auf die unmittelbare Europapolitik, sondern reichen auch bis in die Steiermark.**

**Das Europaressort des Landes Steiermark hat daher die wesentlichen Fragen – und Antworten – die mit dem BREXIT zu tun haben, zusammengefasst, die laufend aktualisiert werden und veröffentlicht werden unter**

**→ [www.europa.steiermark.at/brexit](http://www.europa.steiermark.at/brexit)**

Stand: 20.11.2018

## Inhalt

Was bedeutet BREXIT? .....	3
Warum verlässt das Vereinigte Königreich die EU? .....	3
Wann tritt das Vereinigte Königreich aus der EU aus? .....	3
Wo stehen wir aktuell im BREXIT-Prozess? .....	3
Ist der BREXIT fix? .....	4
Was sind die wichtigsten Punkte des Austrittsabkommens?.....	4
Übergangsfrist .....	4
Geld .....	4
Rechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger .....	4
Nordirland/Backstop .....	5
Gesetze und Streitbeilegung .....	5
Was ist sonst noch im Abkommen enthalten?.....	5
Warum zahlt das Vereinigte Königreich rund 40 Milliarden Euro an die EU? .....	5
Wie viele Briten leben in der Steiermark? .....	6
Betrifft der Brexit die steirische Wirtschaft?.....	6
Worum ging es in den BREXIT-Verhandlungen? .....	7
Was ist die Übergangsperiode?.....	7
Wie werden die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU langfristig aussehen?.....	7
Was ist bzw. war der Chequers Plan? .....	8
Was passiert, wenn das Austrittsabkommen nicht beschlossen wird? .....	8
Worin liegt das Problem mit der nordirisch-irischen Grenze?.....	9
Was genau ist der "Backstop"? .....	9
Was ist Artikel 50? .....	10
Welches Recht gilt im Vereinigten Königreich nach dem Austritt? .....	11
Was bedeutet 'soft' und 'hard' Brexit?.....	11
Was ist der Binnenmarkt? .....	11
Was passiert mit Österreichern, die schon in Großbritannien leben und Briten, die bereits in Österreich leben? .....	11
Kann man nach dem Brexit nach Großbritannien ziehen und dort arbeiten?.....	12
Kann ich nach dem Brexit noch in Großbritannien ein Erasmus-Semester machen?.....	12
Ist der Brexit der erste EU-Austritt? .....	12
Gilt die Europäische Krankenversicherungskarte nach dem Brexit im Vereinigten Königreich?.....	12
Kann das Vereinigte Königreich nach dem Brexit der EU wieder beitreten?.....	12
Bleibt Englisch eine EU-Amtssprache? .....	12
Können österreichische Staatsangehörige im Vereinigten Königreich die britische Staatsbürgerschaft annehmen und gleichzeitig die österreichische behalten? .....	13
Haben Sie noch weitere Fragen?.....	13

## Was bedeutet BREXIT?

BREXIT steht für die abgekürzte Zusammensetzung der Wörter “Britain” und “Exit” (Austritt) und meint den Austritt des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland – so die offizielle Staatsbezeichnung – aus der EU.

## Warum verlässt das Vereinigte Königreich die EU?

Am 23. Juni 2016 wurde eine Volksabstimmung durchgeführt, um zu entscheiden, ob das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union austreten oder darin bleiben soll. 51,9% stimmten dabei für einen Austritt. Die Wahlbeteiligung betrug 71,8%, das sind mehr als 30 Millionen Wahlberechtigte. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist rechtlich nicht bindend, allerdings stimmten alle wesentlichen politischen Parteien darin überein, das Ergebnis zu respektieren.

Innerhalb des Vereinigten Königreichs waren die Ergebnisse recht unterschiedlich: England stimmte mit 53,4% für einen BREXIT, Wales ebenso mit 52,5%. Schottland und Nordirland hingegen stimmten mit 63% bzw. 55,8% für einen Verbleib in der EU.

## Wann tritt das Vereinigte Königreich aus der EU aus?

Damit das Vereinigte Königreich die EU verlassen kann, musste es sich auf Artikel 50 des Vertrags von Lissabon berufen, der einem austrittswilligen Staat und der EU zwei Jahre Zeit gibt, die Bedingungen des Austritts zu vereinbaren. Das Vereinigte Königreich löste diesen Prozess am 29. März 2017 aus, was bedeutet, dass Großbritannien am Freitag, den 29. März 2019 zu Mitternacht aus der EU austritt. Diese Frist kann einvernehmlich verlängert werden, aber im Moment konzentrieren sich alle Seiten darauf, dieses Datum einzuhalten.

Ein Problem einer Fristverlängerung wäre die Wahl zum Europaparlament im Mai 2019. Wenn das Vereinigte Königreich zu diesem Zeitpunkt noch EU-Mitglied ist, würden auch britische Abgeordnete in das Parlament gewählt, im Wissen, dass diese nur noch eine kurze Dauer ihr Amt ausüben könnten.

## Wo stehen wir aktuell im BREXIT-Prozess?

Die EU und das Vereinigte Königreich haben sich im November auf ein Austrittsabkommen geeinigt. Dieses Abkommen muss nun aber von beiden Seiten ratifiziert werden. Dies könnte sich vor allem im Vereinigten Königreich schwierig gestalten.

Zunächst wird der Europäische Rat am 25. November das Austrittsabkommen behandeln und diesem aller Voraussicht nach zustimmen. Für Dezember ist die Abstimmung im britischen Parlament vorgesehen, dessen Ausgang momentan keineswegs sicher ist.

Variante A: das britische Parlament stimmt zu. Dann muss in weiterer Folge das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit und der Europäische Rat – das sind die Staats- und Regierungschefs zustimmen. Für die Staats- und Regierungschefs gilt dabei, dass das Vereinigte Königreich nicht mitstimmen darf. Von den übrigen 27 Staaten müssen mindestens 20 dem Abkommen zustimmen, diese müssen dabei mindestens 65% der EU-Gesamtbevölkerung repräsentieren. Der Austritt wird daraufhin mit 29. März 2019 wirksam.

Variante B: das britische Parlament stimmt nicht zu. Dann gibt es vier denkbare Möglichkeiten:

- Neuwahlen
- Austritt ohne Abkommen
- Nachverhandlungen mit der EU
- Referendum über das Abkommen und/oder den Austritt.

## Ist der BREXIT fix?

Die britische Regierung und die größte Oppositionspartei sagen beide, dass der Brexit vollzogen wird. Es gibt im Vereinigten Königreich zwar einige Gruppen, die sich dafür einsetzen, dass der Brexit gestoppt wird, aber der Schwerpunkt der britischen politischen Diskussion liegt darin, welche Beziehungen das Vereinigte Königreich zur EU nach dem Brexit hat und nicht, ob der Brexit überhaupt stattfinden wird.

Dies hängt jedoch ganz wesentlich von den Diskussionen in der britischen Innenpolitik in den nächsten Wochen ab.

Im Oktober demonstrierten Hunderttausende in London gegen den Brexit und für ein neues Referendum über den Austritt. Ein Austrittsabkommen muss außerdem noch im britischen Parlament beschlossen werden. Eine Zustimmung ist keineswegs sicher. Auch in diesem Fall ist unklar, was passieren würde: ein ungeordneter Brexit ohne Abkommen, eine neue Volksabstimmung oder Nachverhandlungen mit der EU.

Am 14. November 2018 hat die britische Regierung das Austrittsabkommen beschlossen. Ob es auch vom Parlament beschlossen wird, ist aber keineswegs sicher.

## Was sind die wichtigsten Punkte des Austrittsabkommens?

### Übergangsfrist

- Die Übergangsfrist beginnt am 29. März 2019 und dauert bis zum 31.12.2020.
- In dieser Zeit wird das Vereinigte Königreich kein EU-Mitglied mehr sein, wird aber dennoch alle EU-Regeln befolgen.
- Die Übergangsfrist kann einmalig und befristet verlängert werden. Die Verlängerung muss einvernehmlich vor dem 1. Juli 2020 beschlossen werden.
- Da das Vereinigte Königreich während diesen Zeitraums kein EU-Mitglied ist, kann es nicht an EU-Entscheidungen teilnehmen und hat keine EU-Abgeordnete.
- Zweck der Übergangsfrist ist, während dieser Periode die Details des zukünftigen Verhältnisses EU-Vereinigtes Königreich zu verhandeln.

### Geld

- Das Austrittsabkommen regelt die Berechnungsmethode der Abschlussrechnung des Austritts – genauer gesagt, wieviel das Vereinigte Königreich an die EU zu zahlen hat.
- Während der Übergangsfrist zahlt das Vereinigte Königreich weiter seinen EU-Beitrag. Wird die Übergangsfrist verlängert, werden die deswegen anfallenden Mitgliedsbeiträge des Vereinigten Königreichs neu verhandelt.

### Rechte der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger

- Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs und Unionsbürgerinnen und Unionsbürger behalten ihre Rechte hins. Aufenthalt und soziale Sicherheit auch nach dem BREXIT.
- Personen, die innerhalb der Übergangsfrist in das Vereinigte Königreich bzw. Von dort in die EU ziehen, behalten dort ihre Aufenthaltsrechte nach dem BREXIT.

### **Nordirland/Backstop**

- Wenn es innerhalb der Übergangsfrist keine Einigung über das zukünftige Verhältnis gibt, das eine “harte Grenze” zwischen Nordirland und der Republik Irland verhindert – und die Übergangsfrist nicht verlängert wird – tritt als “Backstop” eine Zollunion zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in Kraft.
- Nordirland wird in einer intensiveren Zollverbindung mit der EU als der Rest des Vereinigten Königreichs sein; Nordirland wird auch teilweise an die Regeln und Standards des EU-Binnenmarktes gebunden sein.
- Zusätzlich muss Großbritannien die strengen EU-Umweltauflagen, EU-Arbeitsschutzvorschriften, Steuerregelungen und die Vorschriften zu verbotenen Staatshilfen einhalten. Außerdem werden Streitigkeiten über den Europäischen Gerichtshof geregelt
- Der Backstop kann nicht einseitig außer Kraft gesetzt werden.

Siehe auch => [Backstop](#)

### **Gesetze und Streitbeilegung**

- Während der Übergangsfrist unterliegt das Vereinigte Königreich weiter der Gerichtsbarkeit des EuGHs.
- Um Unklarheiten der Bestimmungen des Austrittsabkommens auszuräumen, wird ein gemeinsames Komitee EU-Vereinigtes Königreich gebildet.
- Wenn der Backstop ausgelöst wurde und die Zollunion gilt, ist der EuGH nicht mehr unmittelbar für das Vereinigte Königreich zuständig. Stattdessen wird ein Schiedsgericht eingerichtet; geht es im Streitfall um die Auslegung von EU-Recht, wird der Fall an den EuGH abgetreten.

### **Was ist sonst noch im Abkommen enthalten?**

- Im Abkommen werden auch der Status von Gibraltar sowie britische Militärbasen auf Zypern geregelt.
- Geschützte geographische Ursprungsbezeichnungen bleiben erhalten.
- Das Dokument beinhaltet eine siebenseitige politische Erklärung zum zukünftigen Verhältnis EU-Vereinigtes Königreich.

## **Warum zahlt das Vereinigte Königreich rund 40 Milliarden Euro an die EU?**

Das Vereinigte Königreich und die EU haben sich im Grundsatz auf die “Schlussrechnung” geeinigt – wieviel Großbritannien also noch an die EU zahlen muss. Dies ist aber keine “Strafzahlung” wegen des Austritts, sondern erfasst konkret eingegangene Verpflichtungen. Die genauen Zahlen stehen noch nicht fest; geeinigt hat man sich aber auf die Berechnungsmethode. In diese Schlussrechnung fallen ausständige Haushaltsverpflichtungen des Vereinigten Königreichs (also Zahlungszusagen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, wie oft bei EU-Projekten – und von denen auch nach wie vor britische Projektbeteiligte profitieren können); dazu gehören aber auch Kosten für die Umsiedlung der in London ansässigen EU-Agenturen oder Rentenzahlungen an EU-Beamte.

Wenn es keine Vereinbarung über den Brexit gibt, würde diese Einigung wiederum hinfällig sein.

## Wie viele Briten leben in der Steiermark?

Mit 1.1.2017 – das sind die jüngsten verfügbaren Daten – lebten genau 913 Personen mit Staatsbürgerschaft des Vereinigten Königreichs in der Steiermark; in ganz Österreich waren es 10.368. Umgekehrt leben derzeit rund 22.000 österreichische Staatsangehörige im Vereinigten Königreich.

## Betrifft der Brexit die steirische Wirtschaft?

Die Steiermark exportierte 2017 (vorläufige Zahlen) Waren im Wert von rund € 21,6 Mrd. in alle Welt. Die wichtigsten Zielmärkte waren Deutschland (29,2 %), die USA (8,7 %) Italien (6,4 %) Großbritannien (4,1 %) und China mit einem Exportanteil von 4,0 %. Somit ist Großbritannien der viertwichtigste Exportmarkt der Steiermark, wobei es für Österreich nur der neuntwichtigste Partner (€ 3,9 Mrd. bzw. Exportanteil 2,8 %) ist. Der Brexit hat daher unmittelbare Auswirkungen auf die steirische Wirtschaft.

Diese Auswirkungen können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Auswirkungen auf den steirischen Warenaußenhandel können grundsätzlich wie folgt skizziert werden:

- Insgesamt wird der Export von Waren in das Vereinigte Königreich ("GB-Export") für steirische Unternehmen zumindest aufwendiger und damit auch teurer – dies gilt auch für alle im GB-Export mit der Steiermark konkurrierenden Regionen, aber auch für Exporte aus GB auf den Weltmarkt. Eine Herausforderung könnte dies für kleinere Unternehmen bedeuten, die bisher nur innerhalb der EU exportierten.
- Kommen zusätzliche tarifäre Handelshemmnisse hinzu, wird sich dieser Effekt verstärken. Dementsprechend ist hier eine Option die Suche nach alternativen Quell- und Zielmärkten zu unterstützen.
- Bezogen auf das Jahr 2017 wären direkt Warenexporte in der Höhe von rund € 875 Mio. (4,1 % der steirischen Warenexporte) und geschätzt zusätzlich noch € 343 Mio. indirekt über die drei Haupthandelspartner Deutschland, Italien und die USA potentiell gefährdet. Dies entspricht in Summe rd. 5,5 % des gesamten steirischen Warenaußenhandels.

Dabei kann sicherlich nicht von einem Totalausfall der Handelsbeziehungen ausgegangen werden, sondern vielmehr von einer Neuausrichtung unter geänderten Rahmenbedingungen, die sich mit höheren Kosten und damit einem stärkeren Druck auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit auswirken werden und daher die oben skizzierten Unterstützungsmaßnahmen sinnvoll erscheinen lassen.

- Im Bereich der Dienstleistungsexporte steht grundsätzlich ein Volumen von 239 Mio. € für die Steiermark auf dem Prüfstand, wobei auch hier sicherlich kein Totalausfall zu erwarten ist – aufgrund der hohen Breite an verschiedenen Dienstleistungsarten ist insgesamt von einer potentiell geringen Betroffenheit auszugehen. Auch im Tourismus liegt der Anteil der Nächtigungen von Gästen aus GB 2017 bei max. 0,3-0,4 %.

Weitere Informationen folgen unter [www.europa.steiermark.at/brexit](http://www.europa.steiermark.at/brexit)

## Worum ging es in den BREXIT-Verhandlungen?

Zunächst mussten in den Verhandlungen drei Fragen, die unmittelbar als “Trennungsmodalitäten gelten”, gemeinsam beantwortet werden:

- a) Wie viel Geld schuldet das Vereinigte Königreich der EU?
- b) Was passiert mit den Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs, die in den anderen 27 EU-Staaten leben und umgekehrt?
- c) Was geschieht mit der nordirisch-irischen Grenze?

Im Mittelpunkt stand zuletzt aktuell die Frage der irisch-nordirischen Grenze, die besonders komplex zu lösen war.

Um mehr Zeit für die Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses EU-Vereinigtes Königreich zu haben, wurde vereinbart, dass unmittelbar an den Austritt am 29. März 2019 eine Übergangsperiode bis zumindest Ende 2020 einsetzt.

## Was ist die Übergangsperiode?

Am 30. März 2019 beginnt eine Übergangsfrist bis 31. Dezember 2020. Dieser Zeitraum soll der EU und dem Vereinigten Königreich genügend Zeit bieten, die Details der Post-Brexit-Beziehungen zu verhandeln. In dieser Zeit ist das Vereinigte Königreich kein EU-Mitglied mehr, kann also auch an der Gesetzgebung nicht mehr mitwirken, bleibt aber dennoch an die Regeln des Binnenmarktes und der Zollunion gebunden. Auch die Freizügigkeit wird während der Übergangsphase, wie von der EU gewünscht, fortgesetzt. Das Vereinigte Königreich wird in der Lage sein, eigene Handelsabkommen zu schließen - obwohl sie erst am 1. Jänner 2021 in Kraft treten können. Diese Übergangsphase wird derzeit nur dann stattfinden, wenn das Vereinigte Königreich und die EU einen Brexit-Vertrag vereinbaren. Möglich ist auch, dass diese Übergangsfrist länger als bis Ende 2020 läuft; dies ist noch Gegenstand von Verhandlungen.

## Wie werden die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU langfristig aussehen?

Das weiß derzeit noch niemand genau. Verhandlungen über die Eckpunkte der künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU finden derzeit statt und sollen zum Austrittszeitpunkt vertraglich geregelt sein. In der daran anschließenden Übergangsperiode sollen die zahlreichen Details der Beziehungen ausführlich geregelt werden.

Teil des Austrittsabkommens ist eine politische Erklärung zu den zukünftigen Beziehungen EU-Vereinigtes Königreich. Diese spricht von einer Freihandelszone und intensiver Kooperation im Warenverkehr, ohne Zölle und mengenmäßige Beschränkungen.

## Was ist bzw. war der Chequers Plan?

Die Regierung des Vereinigten Königreichs versuchte über die gesamten Brexit-Verhandlungen, die unterschiedlichen Ansichten über die Brexit-Verhandlungen, zu verbinden, was nicht immer gelang. Im Juli 2018 lud Premierministerin May ihr Kabinett auf ihren Landsitz: Chequers. Dort wurde eine britische Position für Brexit-Gespräche vereinbart – das Dokument trägt den Titel

⇒ [“The future relationship between the United Kingdom and the European Union”](#) (gov.uk)

### Die wichtigsten Inhalte:

Freihandelszone mit der EU: Für Industriegüter und landwirtschaftliche Produkte strebt London ein "gemeinsames Regelbuch" mit der EU an, um Standards und Richtlinien zu harmonisieren. Damit sollen grenzüberschreitende Lieferketten – wie etwa in der wichtigen Automobilindustrie – geschützt werden, damit der Handel weiterhin so reibungslos wie möglich ablaufen kann.

Ende des freien Personenverkehrs: Während Produktstandards übernommen werden sollen, wollen die Briten die Freiheiten bei Kapital, Arbeitskräften und Dienstleistungen einschränken. Die Regierung will die ungehinderte Einreise von EU-Bürgerinnen und -Bürgern stoppen und im Dienstleistungssektor – der dominierende Sektor in Großbritannien – eigene Wege gehen. Sie nimmt dabei in Kauf, dass Banken und Versicherungen keinen uneingeschränkten Zugang mehr zum EU-Binnenmarkt haben würden. Zugleich schlägt London Vereinbarungen vor, um den "gegenseitigen Nutzen integrierter Märkte beizubehalten und die finanzielle Stabilität zu schützen".

Ausscheiden aus der Zollunion: London will die europäische Zollunion verlassen, damit das Land eigene Handelsabkommen mit Drittstaaten wie den USA und China schließen kann. Um trotzdem Grenzkontrollen zwischen dem britischen Nordirland und dem EU-Mitglied Irland zu vermeiden, wollen die Briten für Importe aus Drittländern zwei verschiedene Zollsätze erheben: einen für Waren, die für den europäischen Markt bestimmt sind, und einen anderen für Güter, die in Großbritannien verkauft werden sollen.

Gemeinsames Regelwerk: Großbritannien verpflichtet sich, alle EU-Regeln zu Gütern umzusetzen. Gelten soll dies auch für Waren aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Das britische Parlament soll allerdings das Recht haben, die Umsetzung im Einzelfall zu verweigern. Dienstleistungen sind von dem gemeinsamen Regelwerk ausgenommen. Hier wollen die Briten je nach Branche unterschiedliche bilaterale Vereinbarungen treffen, um mehr Flexibilität bei der Regulierung zu haben.

Europäischer Gerichtshof: London will nicht länger der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs unterliegen. Zugleich unterstreicht die Regierung, dass britische Gerichte in Fällen, die unter die "gemeinsamen Regeln" fallen, der europäischen Rechtsprechung Rechnung tragen können.

## Was passiert, wenn das Austrittsabkommen nicht beschlossen wird?

Das sogenannte No-Deal-Szenario würde bedeuten, dass das Vereinigte Königreich am 29. März 2019 aus der EU ohne jede Regelung austritt. Alle bis dahin getroffenen Verhandlungsergebnisse wären damit hinfällig.

Das Vereinigte Königreich hat eine Reihe von Leitfäden für die Industrie herausgegeben, die verschiedenste Themen von Heimtierpässen bis zu den Auswirkungen auf die Verbraucherschutzgesetze



und die Stromversorgung in Nordirland abdecken. Die M26 – eine wichtige Verkehrsroute – in Kent wurde über Nacht geschlossen, um sich auf mögliche Lastwagen in Dover vorzubereiten.

Ohne ein Handelsabkommen würde das Vereinigte Königreich mit der EU gemäß den Regeln der Welt- handelsorganisation zusammenarbeiten, was Zollkontrollen und Zölle auf Waren sowie längere Grenz- kontrollen für Reisende bedeuten könnte. Es gibt auch Fragen dazu, was mit Großbritanniens Position als globales Finanzzentrum und der Landgrenze zwischen Großbritannien und der Republik Irland pas- sieren würde. Unklar wäre dann ebenso der Staus von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern im Ver- einigten Königreich und umgekehrt.

Tatsächlich kann derzeit niemand mit Bestimmtheit voraussagen, welche Folgen ein Austritt ohne Aus- trittsdeal haben würde.

## **Worin liegt das Problem mit der nordirisch-irischen Grenze?**

Die 500km Landgrenze des Vereinigten Königreichs mit der EU - zwischen Nordirland und dem EU- Mitglied Republik Irland - war vielleicht nicht das große Thema während der Referendum-Kampagne 2016, aber sie hat die Brexit-Gespräche dominiert.

Keine der beiden Seiten möchte eine Rückkehr zu Kontrollen, Türmen, Zollposten oder Überwachungs- kameras an der Grenze; es ist aber unklar, wie das Vereinigte Königreich aus Binnenmarkt und Zoll- union ohne Grenze austreten soll.

Für Irland und Nordirland ist die Grenzfrage kein rein technisches, sondern ein politisches und psycho- logisches Problem, das an einen der brutalsten Konflikte in der jüngeren Geschichte Europas erinnert. In mehr als 30 Jahren Gewalt wurden im Nordirland-Konflikt mehr als 3.600 Menschen getötet.

Erst mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 gab Irland Gebietsansprüche auf Nordirland auf, und es wurde vereinbart, dass die Nordiren selbst über ihre Zukunft entscheiden können. Nordirland blieb Teil des Vereinigten Königreichs – die Protestanten haben mit geschätzten 55 Prozent dort weiter die Mehrheit. Doch die Grenze zwischen Irland und Großbritannien, deren Posten jahrelang Ziel von An- schlägen radikaler irischer Nationalisten waren, wurde im EU-Kontext immer unwichtiger, physisch verschwand sie weitgehend. Der Brexit stellt diesen Status infrage.

Die Sichtweisen von EU und Vereinigtem Königreich klafften hier auseinander: Der Vorschlag der EU bestand darin, nach dem Brexit auf der Insel Irland einen "gemeinsamen Regelungsbereich" zu schaf- fen, der Nordirland in einer EU-Zollunion halten soll, wenn während der Handelsgespräche keine an- dere Lösung gefunden wird ("Backstop"). Das Vereinigte Königreich lehnte dies ab, da dies eine Grenze zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs bedeuten würde.

Der britische Gegenvorschlag im Chequers-Plan sah vor, dass das Vereinigte Königreich für Importe aus Drittländern zwei verschiedene Zollsätze erhebt: einen für Waren, die für den europäischen Markt bestimmt sind, und einen anderen für Güter, die in Großbritannien verkauft werden sollen, ohne dass an der Grenze regulatorische Kontrollen durchgeführt werden müssten. Zollanmeldungen und Mehr- wertsteuerkontrollen könnten elektronisch erfolgen, so dass keine physische Grenze erforderlich wäre.

## **Was genau ist der "Backstop"?**

Der "Backstop" ist eine Art Versicherung für die irisch-nordirische Grenze. Wenn alles wie geplant funk- tioniert, wird die "Backstop"-Regelung nie anzuwenden sein.

Das Vereinigte Königreich und die EU wollen beide eine "harte Grenze" - physische Kontrollen oder Infrastruktur zwischen Nordirland und Irland - vermeiden, können sich aber nicht darauf einigen, wie. Der "Backstop" ist ein letzter Ausweg, um eine offene Grenze auf der Insel Irland zu schützen, falls es keine Einigung über das zukünftige Verhältnis EU-Vereinigtes Königreich, insbesondere durch Handelsabkommen, gibt. Gegenwärtig werden Waren und Dienstleistungen mit wenigen Einschränkungen zwischen den beiden Ländern gehandelt. Da das Vereinigte Königreich und Irland derzeit Teil des EU-Binnenmarktes und der Zollunion sind, müssen die Produkte nicht auf Zoll und Normen überprüft werden.

Das Problem ist nur: Wie soll das funktionieren, wenn Großbritannien den EU-Binnenmarkt und die EU-Zollunion verlässt?

Die EU will sich nicht auf ein künftiges Arrangement in einem noch auszuhandelnden Freihandelsabkommen mit Großbritannien verlassen. Daher soll ein „Backstop“ – das heißt eine in jedem Fall greifende Auffanglösung – sicherstellen, dass der künftige Warenverkehr zwischen Großbritannien und der EU auch nach dem Brexit den EU-Binnenmarktregeln und den WTO-Regeln entspricht.

Es geht im Wesentlichen um den Austausch von Gütern, denn zwischen Irland und Großbritannien besteht bereits ein gemeinsamer Reiseraum – eine Art Mini-Schengen – das grenzkontrollfreie Reisen zwischen Irland und Nordirland ermöglicht. Der EU-Brexit-Chefverhandler, Michel Barnier, spricht in diesem Zusammenhang von einer „All-Wetter-Versicherung“.

Das Austrittsabkommen vom 14. November 2018 sieht folgende Regelung vor:

Gegenwärtig werden Waren und Dienstleistungen zwischen den Nordirland und der Republik Irland praktisch ungehindert gehandelt, da es Handel innerhalb des Binnenmarktes ist.

Die vereinbarte Regelung beinhaltet einen Backstop, der einerseits beinhaltet, dass das gesamte Vereinigte Königreich in einer Zollunion mit der EU verbleibt und zusätzlich dazu führen würde, dass Nordirland an einige Regeln des EU-Binnenmarkts (insbesondere an den freien Warenverkehr) gebunden sein würde, wenn bis zum Ende der Übergangszeit im Dezember 2020 keine andere Lösung gefunden werden kann. Das bedeutet, dass Waren, die nach Nordirland kommen, überprüft werden müssen, um zu sehen, ob sie den EU-Standards entsprechen

Die Backstop-Regelung gilt, bis sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich darin übereinstimmen, dass dies nicht länger erforderlich ist.

## Was ist Artikel 50?

Artikel 50 ist eine Bestimmung im EU-Vertrag, die den Austritt aus der EU regelt. Die Bestimmung wurde im Rahmen des Vertrags von Lissabon geschaffen, der von allen EU-Staaten unterzeichnet wurde und 2009 in Kraft getreten ist. Vor diesem Vertrag gab es keinen offiziellen Mechanismus für den Austritt eines Landes aus der EU.

Es ist ziemlich kurz - nur fünf Paragraphen -, die besagen, dass jeder EU-Mitgliedstaat beschließen könne, die EU zu verlassen, dass der Staat den Europäischen Rat darüber informieren und seinen Austritt mit der EU aushandeln muss. Für die Verhandlungen stehen zwei Jahre zur Verfügung, die einvernehmlich verlängert werden kann. Gibt es kein Abkommen und wird die Frist nicht verlängert, tritt der Staat automatisch zwei Jahre nach der Übermittlung des Austritts in Kraft.

## Welches Recht gilt im Vereinigten Königreich nach dem Austritt?

Das Vereinigte Königreich hat im Juni 2018 ein Gesetz namens "Great Repeal Bill" beschlossen. Dieses Gesetz wandelt alle EU-Gesetze in einem Stück in britisches Recht um. Dies soll sicherstellen, dass es keine Rechtslücken gibt – zahlreiche Lebensbereiche sind so stark durch EU-Recht geprägt, dass es keine eigenen staatlichen Regelungen mehr gibt. Mit dieser Umwandlung wird es aber Zuständigkeit des Vereinigten Königreichs, diese Regeln in weiterer Folge abzuändern oder aufzuheben.

## Was bedeutet 'soft' und 'hard' Brexit?

Diese Begriffe werden in der Debatte über die Bedingungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU verwendet. Es gibt keine strikte Definition von beiden, aber sie werden verwendet, um auf die Nähe der Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU nach dem Brexit hinzuweisen.

Auf der einen Seite könnte der "harte" Brexit dazu führen, dass das Vereinigte Königreich sich weigert, bei Fragen wie der Freizügigkeit von Menschen Kompromisse einzugehen, selbst wenn es den Binnenmarkt verlassen oder Ambitionen auf Freihandelsabkommen aufgeben müsste. Am anderen Ende der Skala könnte ein "weicher" Brexit einem ähnlichen Weg folgen wie Norwegen, das Mitglied des Binnenmarktes ist und die Freizügigkeit von Menschen akzeptieren muss.

Davon zu trennen ist der ungeordnete Brexit. Dieser tritt ein, wenn es kein Austrittsabkommen gibt ("No-Deal-Szenario").

## Was ist der Binnenmarkt?

Der Binnenmarkt ist ein gemeinsamer Wirtschaftsraum innerhalb der Grenzen der EU, in dem der freie und unbeschränkte Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen ("Vier Freiheiten") gewährleistet ist. Innerhalb des Binnenmarkts gibt es keine Zölle oder andere Handelshemmnisse mehr, für Importe aus Drittstaaten wird ein einheitlicher Außenzoll erhoben (Zollunion).

## Was passiert mit Österreichern, die schon in Großbritannien leben und Briten, die bereits in Österreich leben?

Das Vereinigte Königreich und die EU haben sich in diesem Punkt rasch geeinigt. Die betroffenen Personen – also beispielsweise Österreicher in Großbritannien und Briten in Österreich – behalten ihre Rechte auf Aufenthalt und können arbeiten.

Der Vorschlag sieht einen Stichtag für den Brexit-Tag vor - den 29. März 2019 - für diejenigen, die unter die Regeln fallen. Babys, die nach diesem Datum von Personen geboren werden, die diese Rechte haben, haben automatisch dieselben Rechte. in den Vertrag aufgenommen. EU-Bürgerinnen und EU-Bürger mit rechtmäßigem Wohnsitz im Vereinigten Königreich und Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs in der EU bis zu fünf Jahre lang ausreisen, bevor sie die Rechte verlieren, die ihnen im Rahmen des vorgeschlagenen Brexit-Abkommens zustehen.

Im Vereinigten Königreich ist ein einfacher online-Antrag vorgesehen, um diesen Rechtsstatus nach dem Brexit zu beantragen.

Gibt es keine Austrittsvereinbarung, so gelten diese Regelungen nicht.

## **Kann man nach dem Brexit nach Großbritannien ziehen und dort arbeiten?**

Tritt ein Austrittsabkommen in Kraft, so gilt nach dem Brexit eine Übergangsfrist bis voraussichtlich Ende 2020. Während dieser Frist können Unionsbürgerinnen und Unionsbürger aller Voraussicht nach weiterhin in das Vereinigte Königreich ziehen und dort arbeiten. Nach dieser Übergangsfrist gilt dies jedoch nicht mehr. Die Möglichkeiten, nach Großbritannien zu ziehen und zu arbeiten, wird sich nach den Verhandlungen richten, die in der Übergangsfrist stattfinden sollen. Beide Seiten möchten aber die Reisemöglichkeiten möglichst offen gestalten und beispielsweise auf Visa verzichten.

## **Kann ich nach dem Brexit noch in Großbritannien ein Erasmus-Semester machen?**

Die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an EU-Programmen wie Erasmus+ (Bildung) oder im Forschungsbereich nach dem Austritt und der Übergangsperiode hängt ab vom Fortlauf und Ergebnis der Verhandlungen während der Übergangsperiode.

## **Ist der Brexit der erste EU-Austritt?**

Ja. Bislang ist noch kein Staat ausgetreten. Allerdings hat Grönland, ein autonomes Gebiet, das zu Dänemark gehört, 1982 in einer Volksabstimmung entschieden, dass die EU-Regelungen auf Grönland keine Anwendung mehr finden, was durch einen Vertrag durchgeführt wurde.

## **Gilt die Europäische Krankenversicherungskarte nach dem Brexit im Vereinigten Königreich?**

Diese Frage wird in den Verhandlungen während der Übergangsfrist bis voraussichtlich Ende 2020 geklärt. Bis dahin gilt sie aber jedenfalls weiterhin im Vereinigten Königreich

## **Kann das Vereinigte Königreich nach dem Brexit der EU wieder beitreten?**

Grundsätzlich ja. Dies wäre aber kein Automatismus. Das Vereinigte Königreich müsste einen Antrag stellen und alle Mitgliedstaaten müssten einem Beitritt – nach erfolgreichen Beitrittsverhandlungen – zustimmen. Es wäre zu erwarten, dass viele der Sonderregelungen, die für das Vereinigte Königreich derzeit gelten, dann nicht mehr möglich wären.

## **Bleibt Englisch eine EU-Amtssprache?**

Ja. Englisch ist auch eine Amtssprache in Irland und auf Malta und wird daher auch eine der 24 EU-Amtssprachen bleiben.

## **Können österreichische Staatsangehörige im Vereinigten Königreich die britische Staatsbürgerschaft annehmen und gleichzeitig die österreichische behalten?**

Das ist nur in Ausnahmefällen möglich. Das österreichische Staatsbürgerschaftsgesetz sieht diese Möglichkeit nur vor, wenn ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund im Privat- und Familienleben vorliegt; oder die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft im Interesse der Republik Österreich liegt. In allen anderen Fällen verliert man die österreichische Staatsbürgerschaft bei Annahme einer fremden.

Der Brexit allein reicht derzeit in der österreichischen Behördenpraxis nicht aus, um die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft zu rechtfertigen.

### **Haben Sie noch weitere Fragen?**

Wenden Sie sich bitte an das

Europe Direct Informationszentrum des Landes Steiermark  
A9 Referat Europa und Außenbeziehungen  
Landhausgasse 7 / Ecke Raubergasse 8, 5. Stock, Zimmer 501  
8010 Graz  
E-Mail: [europedirect@stmk.gv.at](mailto:europedirect@stmk.gv.at)  
Tel.: 0316 / 877 – 2200